

Pressemitteilung

AfD fordert vergeblich Bekenntnis zur Demokratie

Kreistag lehnt AfD-Antrag zu Voraussetzungen öffentlicher Förderung ab / Antragsvorlage stammt von der ehemaligen hessischen CDU-Bundesministerin Schröder

WETTERAUKREIS. Im Kreistag der Wetterau ist ein Antrag der AfD abgelehnt worden, obwohl es darin nur um ein Bekenntnis zu demokratischen Prinzipien ging. Antragsteller, die Fördermittel haben wollen, sollten vorher eine Demokratie-Erklärung unterschreiben, erläuterte AfD-Fraktionschef Klaus Herrmann zum Inhalt des Antrags, der zudem auf eine frühere Initiative der aus Hessen stammenden ehemaligen CDU-Bundesfamilienministerin Kristina Schröder zurückgeht.

„Demokratie und Rechtsstaat verteidigen...“ so lautet die Überschrift der „Wetterauer Erklärung gegen Extremismus“, die am 31. August als Änderung eines AfD-Antrags durch den Kreistag angenommen wurde. Die AfD Wetterau begrüßt dieses wichtige und grundsätzliche Signal, wollte es aber bei Signalen nicht bewenden lassen, denn Bürger forderten auch konsequentes Handeln, sagte Herrmann.

Daher brachte die AfD-Fraktion in der Kreistagssitzung am 7. Dezember einen Antrag ein, der die Unterzeichnung der Demokratieerklärung zur Voraussetzung jeglicher Förderung seitens des Wetteraukreises machen sollte. Sie lautet: (Zitat) „Hiermit bestätigen wir, dass wir uns zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen und eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit gewährleisten.“

Diese Demokratieerklärung sowie eine ergänzende Erklärung zur Unterstützung sogenannter Dritter, wurde von der ehemaligen Bundesfamilienministerin Schröder eingeführt, aber durch die aktuelle Nachfolgerin Manuela Schwesig (SPD) nach deren Amtsantritt sogleich abgeschafft. Angeblich, weil sonst „viele ehrenamtliche Tätige unter Generalverdacht gestellt“ würden.

Dass die Mehrheit der Kreistagsfraktionen sich in der vergangenen Sitzung dieser Demokratieerklärung nicht anschloss, liegt für Herrmann daran, dass der Antrag von der AfD stammt. Das werfe ein bezeichnendes Licht auf das mangelhafte Demokratieverständnis der Altparteien.

Die Bedeutung der Demokratieerklärung sei keineswegs theoretisch. In der Wetterau gab es bereits Kontroversen um sie, weil nach Presseberichten die linke Antifa-BI aus Friedberg zu den Organisationen gehörte, die so eine Demokratieerklärung nicht unterschreiben wollte. Zudem steht in der im August beschlossenen Erklärung (Zitat): „Der Kreistag bekräftigt, dass politische Bildung gegen extremistisches Gedankengut im Allgemeinen und rechtsextremistisches Gedankengut im Speziellen in den Bildungseinrichtungen des Wetteraukreises vorangetrieben wird.“

Fazit des Fraktionschefs der AfD: „Im Ergebnis ist daher davon auszugehen, dass diese Bildungsarbeit maßgeblich von Organisationen durchgeführt wird, die sich nicht einmal zur Demokratieerklärung bekennen wollten.“ Das lässt an deren Verfassungstreue zweifeln und Verbindungen in linksextremistische Milieus vermuten, betonte Herrmann und fügte hinzu: „Und vergessen wir nicht: 2017 wird im Bund gewählt und 2018 in Hessen. Wie praktisch, wenn man den politischen Gegner durch staatlich alimentierte linksextreme Organisationen diffamieren lassen kann.“

Eine „besonders beklagenswerte Rolle“ spielte bei der Abstimmung die CDU, die sich „aus Koalitionsraison oder allgemeinem Opportunismus von ihrer eigenen, wenige Jahre alten Position distanzierte und so einen Beitrag zum weiteren Verlust politischer Kultur geleistet hat“, meinte der AfD-Fraktionschef. Bürger und Wähler würden das zu bewerten wissen.